

## Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle sind erschüttert über den unfassbaren Tod des jungen SEK-Beamten, auf den ein sogenannter Reichsbürger am vergangenen Mittwoch im fränkischen Georgensgmünd geschossen hatte. Seinen Angehörigen gilt unsere tief empfundene Anteilnahme. Zugleich denken wir an die weiteren bei dem Polizeieinsatz verletzten Beamten und wünschen ihnen baldige Genesung. Zwar hatten bereits sehr viele bayerische Behörden und Institutionen mit „Reichsbürgern“ zu tun. Nach dem gestrigen Vorfall können wir diese Mitbürger jedoch keinesfalls mehr nur als lästige Querulanten betrachten. Nein, nach diesem schrecklichen Vorfall müssen wir von einer echten Gefährdung unserer Sicherheit ausgehen! Aus diesem Grund unterstützen wir FREIE WÄHLER den Vorschlag von Innenminister Herrmann, ‚Reichsbürgern‘ den Waffenbesitz zu verbieten. Denn wer unseren Rechtsstaat dermaßen entschieden ablehnt, wird als Waffenbesitzer zu einer tickenden Zeitbombe. Auch eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nun unbedingt angezeigt.



*Florian Streibl, MdL  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer*

## R ü c k b l i c k

Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit hat Ministerpräsident Seehofer diese Woche eine Regierungserklärung im Plenum abgegeben. Am Dienstag stellte er den Abgeordneten die Verhandlungsergebnisse zur **Neuordnung der Bund-Länder-Finzen** vor. Als FREIE WÄHLER sind wir über das magere Ergebnis enttäuscht. Die CSU wird die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht sang- und klanglos zurücknehmen. Wir FREIE WÄHLER hatten sie seinerzeit als ‚Akt der politischen Notwehr‘ ausdrücklich unterstützt.

Nun müssen wir feststellen, dass bis 2019 alles beim Alten bleibt. Erst ab 2020 wird es dann statt der erhofften 2,7 Milliarden Euro an Einsparungen lediglich knapp die Hälfte sein. Profiteur des neu ausgehandelten Länderfinanzausgleichs ist vor allem das Land Berlin. Bereits in den letzten zwanzig Jahren hat die Bundeshauptstadt mit 52 Milliarden Euro fast so viel bekommen wie alle neuen Bundesländer zusammen.

„Täglich grüßt das Murmeltier.“ So könnte man den Auftritt von Minister Spaenle vor dem Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags diese Woche betiteln. Angekündigt war ein Bericht zur **Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern**. Aber während die Schulfamilie verzweifelt auf Entscheidungen wartet, ist über die bereits bekannten Fakten hinaus nichts wirklich Neues zu erfahren gewesen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 für alle Schülerinnen und Schüler – spätestens ab dem Schuljahr 2017/18.

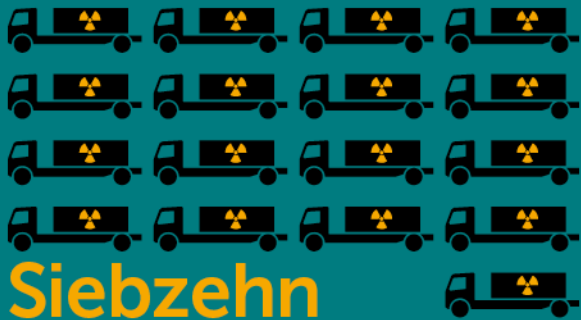
Für den privaten regionalen Rundfunk in Bayern wollen wir eine deutliche Erhöhung der Fördersumme erreichen. Nun freuen wir uns zwar darüber, dass die CSU-Fraktion endlich auf die Linie der FREIEN WÄHLER eingeschwenkt ist, doch reichen die von ihr angekündigten Mittel nicht für die Zukunftsfähigkeit des regionalen Rundfunks aus. Wir brauchen zusätzlich noch sechs Millionen Euro für die Umstellung des lokalen Hörfunks auf Digitalradio DAB+ und eine Anschubfinanzierung bei der HD-Umstellung regionaler Fernsehsender. Für den HD-Umstieg fordern wir FREIEN WÄHLER zusätzliche vier Millionen Euro im anstehenden Doppelhaushalt – im Sinne

einer Anschubfinanzierung sollen davon jedem der 16 lokalen Fernsehsender 250.000 Euro zufließen.

In der öffentlichen Debatte ist das Thema noch kaum angekommen, obwohl es im wahrsten Sinne des Wortes hoch brisant ist: Ab dem Jahr 2018 wird es regelmäßig **CASTOR-Transporte vom Forschungsreaktor FRM II** in Garching in das Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz.

In einem Antrag haben wir die Staatsregierung nun aufgefordert zu berichten, ob der Freistaat Bayern die in der Anpassungsvereinbarung mit dem Bund vereinbarte Umrüstung des FRM II auf Brennstoff mit höchstens 50 Prozent Uran-235-Anreicherung bis spätestens 31.12.2018 einhalten wird. Außerdem wollen wir wissen, wie viele Steuergelder seitens des Bundes und des Freistaats Bayern seit dem Jahr 2004 für die Entwicklung und den Bau eines neuen Brennelements zum Zwecke der Umrüstung auf Brennstoff mit höchstens 50 Prozent Uran-235-Anreicherung geflossen sind. Uns interessiert auch, weshalb entgegen der Empfehlung der Reaktor-Sicherheitskommission zur 3. Teilgenehmigung des FRM II bei der Entsorgung von bestrahlten FRM-II-Brennelementen keine Konditionierung durch Zumischung von abgereichertem Uran zur Verminderung der Restanreicherung erfolgt.

#### Zahl des Quartals



CASTOR-Transporte wird es ab 2018 vom Forschungsreaktor FRM II im bayerischen Garching ins Zwischenlager Ahaus in Nordrhein-Westfalen geben. Im Gegensatz zu den deutschen Kernkraftwerken kommen beim FRM II Brennelemente mit auf 93 Prozent angereichertem, potenziell waffenfähigem Uran zum Einsatz.

In einem weiteren Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die **Gesundheitskosten für Asylbewerber** aus Steuermitteln finanziert werden und nicht aus Beitragsgeldern der gesetzlichen Krankenversicherung. Nach der derzeitigen Regelung zahlt der Bund für

anerkannte Asylbewerber, die keinen Arbeitsplatz haben, eine Pauschale in Höhe von 90 Euro pro Monat an den Gesundheitsfonds. Als FREIE WÄHLER sind wir der Meinung, dass diese Gelder angehoben werden müssen, wenn sie nicht ausreichend für die gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber sind. Sie können aber keinesfalls mit Mitteln aus dem Gesundheitsfonds, also den Beiträgen der gesetzlich Versicherten, aufgestockt oder durch sie ersetzt werden. Derartigen Bestrebungen muss die Staatsregierung auf Bundesebene entgegenwirken.

## V o r s c h a u

Im Umweltausschuss findet am kommenden Donnerstag die **Expertenanhörung zur Verbesserung der Lebensmittelüberwachung** in Bayern statt. Vor dem Hintergrund der Bayern-Ei-Affäre hatten wir FREIEN WÄHLER diese Anhörung beantragt, um im Anschluss daran Strukturen in der Lebensmittelüberwachung gezielt weiterentwickeln zu können.

---

### Impressum

Florian Streibl, MdL  
Othmar-Weis-Straße 5  
82487 Oberammergau  
Tel: 08822/935282  
Fax: 08822/935287  
E-Mail: [info@florian-streibl.de](mailto:info@florian-streibl.de)  
Homepage: [www.florian-streibl.de](http://www.florian-streibl.de)